Zeitung" über einen angeblichen Entschluß des Fürsten Bismarck, sein Entlassungsgesuch einzureichen, ist nach meinen Erkundigungen durchaus belanglos; die in der Depesche erwähnten Gerüchte sind vollkommen unbegründet."" —

Die „National-Zeitung" bemerkt schließlich zur Sache: „Die Gerüchte, um welche es sich handelt, knüpfen an die Meldungen an, wonach Prinz Alexander von Battenberg, der frühere Fürst von Bulgarien, in nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu dem kaiserlichen Hause treten sollte, Beziehungen, welche bei der Feindschaft des Petersburger Hofes gegen den ehemaligen Bulgaren-Fürsten kaum ohne Rückwirkung auf die internationalen Verhältnisse bleiben könnten; wir haben schon bei der ersten Erwähnung dieser Gerüchte auf ihre hochpolitische Bedeutung hingewiesen. Bekanntlich hat Kaiser Wilhelm gegen den Prinzen Alexander eine durchaus ablehnende Haltung eingenommen, die jedenfalls auch Fürst Bismarck getheilt hat. Indessen sind, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, die erneuten Bewähungen für den Prinzen Alexander erfolglos geblieben und schon deshalb Anläße zu einem „geheimen Conflict", wenn derselbe jemals gedroht haben sollte, zur Stunde nicht mehr vorhanden. Von einer Demission des Fürsten Bismarck ist daher in keiner Weise die Rede."

## Leipzig, 7. April 1888.

* Der Staatssecretair im Reichsamt des Innern, Staatsminister von Boetticher, hat sich in Begleitung des Geheimen Ober-Bauraths im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Bänsch, in Angelegenheiten des Nord-Ostsee-Canals nach der Provinz Schleswig-Holstein begeben. Die Arbeiten an dem gedachten Canal sollen mit dem Beginn der besseren Jahreszeit in intensiverem Maße als bisher gefördert werden. Von den zu diesem Ende getroffenen Vorbereitungen wird Herr von Boetticher persönlich Kenntniß nehmen wollen. Dabei bietet sich zugleich die Möglichkeit, einige noch schwebende schwierige Fragen in zweckmäßiger Weise zur Erledigung zu bringen. Der Rückkehr des Herrn v. Boetticher wird für Montag entgegengesehen.

* Für die nächste Zeit wird eine größere Bewegung im diplomatischen Corps erwartet. Erledigt sind bereits die Posten des deutschen Generalconsuls in Pest durch die Ernennung des Herrn von Bojanowski zum Vorsitzenden des Reichs-Patentamts; der Gesandtenposten in Lissabon durch den Tod des Herrn v. Schmidthals; der Gesandtenposten in München durch den Rücktritt des Grafen Werthern; außerdem hat Herr v. Pfuel sein Abschiedsgesuch eingereicht, so daß also auch in nächster Zeit der Gesandtenposten in Schweden und Norwegen zur Erledigung kommen wird. Für letzteren ist, wie man weiß, der jetzige Gesandte in Rumänien, Dr. Busch, in Aussicht genommen, der seinerseits wieder durch den Legationsrath v. Bülow, den Botschaftsrath in Petersburg, ersetzt werden soll. Außerdem soll der Botschaftsrath in London, Frhr. v. Plessen, nach Pest als Generalconsul kommen, so daß also in nächster Zeit auch diese beiden wichtigen diplomatischen Posten neu zu besetzen sein würden, ebenso wie der Botschaftsrathsposten in Konstantinopel, der durch die Berufung des Legationsraths v. Kiderlen-Wächter in das Auswärtige Amt frei geworden ist; endlich ist auch der Posten des Generalconsuls in Yokohama durch den Tod des Herrn Zappe vor Kurzem frei geworden. Dem Legationssecretair v. Waldthausen, der bisher in der politischen Abtheilung des Auswärtigen Amts beschäftigt war, ist die Stelle des zweiten Secretairs bei der kaiserlichen Botschaft in Madrid übertragen worden.

* Dem kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen, Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, ist das nachstehende Allerhöchste Handschreiben Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta zugegangen:

Es sind Mir auch aus dem Reichslande viele Beweise aufrichtiger Trauer und Theilnahme bei dem Ableben unseres in Gott ruhenden Kaisers zugegangen. Ich kann es nicht unterlassen, Ihnen, lieber Fürst, zu sagen, wie Ich diese Mich tief bewegenden Kundgebungen besonders dankbar entgegengenommen habe. Nicht nur größere Städte, allen voran Straßburg und Metz — letztere mit unzählligen Unterschriften —, auch kleinere Orte, Vereine und Privatpersonen in Elsaß-Lothringen haben des allgemeinen Verlustes und Meines eigenen Schmerzes in wohlthuender Weise gedacht. Möchte Allen das Bewußtsein zu Theil werden, daß die Verehrung für das große Andenken des Heimgegangenen ihnen selbst ein Zeugniß ehrenvoller Gesinnung, Mir aber einen Trost gewährt, der Mein gebeugtes Herz aufzurichten vermag.

Berlin, den 28. März 1888. (gez.) Augusta.

An den kaiserlichen Statthalter.

* Der kaiserlich türkischen Botschaft in Berlin verdankt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" folgende Mittheilung: „Se. kaiserliche Majestät der Sultan hat in der Absicht, einen neuen Beweis seines Wohlwollens und seiner Sympathie für das deutsche Volk zu geben, die Einsetzung einer unter seinem hohen Patronate stehenden besonderen Commission angeordnet, welche die Aufgabe hat, Geldsammlungen zur Unterstützung der Opfer der Ueberschwemmungen in Deutschland zu veranstalten."

* Zur Regelung des Apothekenwesens wird officiös aus Berlin geschrieben:

In den Kreisen der Apotheker Preußens scheinen die Erklärungen des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. v. Mts., sowie des Commissars desselben in der Petitionscommission eine Beunruhigung hervorgerufen zu haben, zu welcher der Inhalt dieser Erklärungen einen ausreichenden Anlaß nicht bietet.

Daß gegenwärtig auf dem Gebiete des Apothekenwesens Mißstände bestehen, deren Beseitigung im Interesse des Berufes selbst, seiner Solidität und seines guten Rufes nicht minder liegen, wie im öffentlichen Interesse, wird in den Reihen der Apotheker selbst wohl nicht verkannt. Ebensowenig, daß eine Abhilfe ohne Aenderung und Verschärfung der Bestimmungen über die Concessionen für die Zukunft nicht zu erwarten ist.

Abgesehen aber davon, daß ein gesetzgeberischer Akt der preußischen Regierung überhaupt nicht unmittelbar bevorstehen dürfte und es mehr als fraglich erscheint, ob, wenn der Weg der Reform betreten wird, damit nicht gleichmäßig für den ganzen Umfang des Reichs vorzugehen sein würde, wird man in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei gesetzgeberischen Vorschlägen nach der bezeichneten Richtung nicht ohne zwingenden Grund mit rauher Hand in bestehende Verhältnisse eingegriffen werden wird, sondern daß in dieser Beziehung jede mit dem Zwecke der Reform irgend vereinbare Rücksicht geübt werden wird. Auch die Apotheker dürften sich vertrauen, daß, weit davon entfernt, ohne Noth wichtige Interessen ihres Berufszweiges zu schädigen, die Regierung sorgsam darauf sieht, berechtigten Interessen in keiner Weise zu nahe zu treten.

* Der preußische Cultusminister empfing der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge am Mittwoch Nachmittag den Vorstand des Realschulmännertags in längerer Audienz. Er unterhielt sich mit der Deputation über verschiedene Fragen des Berechtigungswesens und dessen Rückwirkung auf das Leben und Gedeihen der Schulen. Ebenso besprach er die verschiedenen Schulreformpläne, insbesondere die nach der „Einheitsschule" hinstrebenden. Er ließ sich über den Verlauf der Verhandlungen der Delegirtenversammlung berichten und hörte mit besonderem Interesse von dem Beschlusse, daß der Verein einen Preis ausgesetzt habe für die beste Bearbeitung der Frage, welches die Quellen der Ueberfüllung in den gebildeten Ständen seien und wie dieser abzuhelfen werden könne. Er erklärte sich sehr gern bereit, einen Rath des Ministeriums in das Preisgericht zu deputiren.

* * *

* Ueber die neuen Minister in Rumänien liegen folgende biographische Notizen vor:

Der Präsident des neuen rumänischen Ministeriums, Theodor Rosetti, der zugleich Minister des Innern ist, steht im Alter von etwa 48 Jahren, hat seine Universitätsstudien in Deutschland gemacht, war einmal Cultusminister und zuletzt Senions-Präsident des Cassationshofes. Derselbe ist ein Bruder der Prinzessin Carl und steht in gar keinem Verwandtschaftsverhältniß zu dem vor mehreren Jahren verstorbenen Constantin Rosetti, dem ehemaligen Theaterdirector des „Romanul" und Führer der rumänischen Radicalen.

Peter Carp, gleichfalls aus der Moldau gebürtig, dürfte 46 Jahre alt sein, hat seine Universitätsstudien in Heidelberg gemacht und diese dann in Berlin und Paris vervollständigt. Er war einmal Unterrichtsminister und unter Bratiano's Regime Gesandter am Wiener Hofe. Carp ist reich begüitert und Schwager des eben demissionirten Ministers Demeter Sturdza. Carp ist Deputirter und war der Führer der Junimisten — der Partei der „jungen Männer" — aus deren Reihen auch das heutige Ministerium fast ausschließlich gebildet worden ist.

Titus Majorescu, der neue Unterrichtsminister, hat schon vielen Posten einmal bekleidet, war Universitäts-Professor, Advokat und Deputirter. Er hat seine Studien in Berlin gemacht und ist der Sohn eines aus Siebenbürgen nach der Walachei eingewanderten Rumänen. Majorescu ist auch provisorischer Handelsminister.

Prinz Alexander Stirbey, der reichbegüterte Sohn des walachischen Fürsten Stirbey — des Vorgängers Carl's — hat seine Studien in Frankreich gemacht, ist etwa 40 Jahre alt, gehörte immer zur conservativen Partei und ist heute zum ersten Male Minister.

Justizminister Marghiloman, der jüngste Mann im Cabinet, hat in Paris studirt, ist Großgrundbesitzer, Deputirter und gilt als eine parlamentarische und juridische Capacität.

General Barozzi, der neue Kriegsminister, war bisher Vorstand der königlichen Militärkanzlei und genießt in der Armee den Ruf eines wissenschaftlich gebildeten Mannes und integren Charakters.

Finanzminister Obermont ist ein angesehener Bukarester Bankier, war immer ein Anhänger der conservativen Partei, ohne daß er bisher im öffentlichen Leben eine hervorragendere Rolle gespielt hätte.

* Nach dem Bericht des Anklageausschusses des rumänischen Senats werden dem früheren rumänischen Kriegsminister General Lagheleseu folgende Vergehen zur Last gelegt: 1) die Vergebung einer Lieferung zugerichteten Leders für 90 000 Paar Stiefeln zum Preise von 12½ bis 13 Fr. das Paar an ein Bukarester Haus ohne öffentliche Ausschreibung; 2) die Vergebung von 326 000 kg Blei zu 38 Cts. und von 30 000 kg Zinn zu 2.95 Frcs. das Kilogramm an ein Galazer Haus frei Galatz, obwohl die Firma Aron Hirsch & Sohn in Halberstadt das Blei zu 0,35 und Cabel & Latta in Glasgow zu 0.34⁹/₁₀ und Zinn zu 2.81 Francs frei Bukarest anboten; 3) Empfang eines Trinkgeldes von 25 000 Fr. seitens Herrn Broadwell für Bestellung eines Donaukreuzers bei der Firma Armstrong.

* Zur Lage auf Kreta berichtet die „Politische Correspondenz" aus Canea, 25. März:

Verschiedene Gerüchte circuliren in der letzten Zeit auf unserer Insel. Bald hieß es, der General-Gouverneur Kostaki Pasha sei von der Pforte nach Konstantinopel berufen, bald wieder, daß er überhaupt abberufen würde und durch einen Mohamedaner ersetzt werden soll. Diesem letzteren Gerüchte wurde hier kein Gewicht beigelegt; weiß man doch, daß die Verfassung, aber richtiger gesagt, das organische Statut, ausdrücklich die Besetzung des Postens des General-Gouverneurs durch einen Christen vorschreibt. Um aber das Gerücht doch glaubwürdiger erscheinen zu lassen, behaupteten man, es handle sich gar nicht um einen General-Gouverneur, sondern die Pforte beabsichtige, Kreta zu einem selbstständigen Fürstenthume zu erheben und dem in Halim Pascha, dem Sohne des Ex-Khedive Ismail Pascha, einen Fürsten zu geben. Man kann sich denken, daß auch dieses Gerücht hier irgend welche Beachtung gefunden oder gar Aufregung verursacht hätte. In griechischen Kreisen lachte man darüber, verstummte aber nicht hinzuzufügen, daß Kreta eine derartige Lösung entschieden perhorreszire. Kreta habe das, was es anstrebe, in einer Rede von Kundgebungen der alter Welt offen ausgesprochen. Der Moment, in welchem die Pforte die Vereinigung der Insel mit Griechenland, gegen aber eine Entschädigung, als die auch für sie vortheilhafte Lösung selbst in Vorschlag bringen wird, werde früher oder später, aber er werde bestimmt eintreten und bis dahin wollen auch die Kretenser loyal ihre Pflichten gegen die Pforte erfüllen, sobald nur die letztere die ihnen gewährten Rechte achtet. Ueber einen christlichen Fürsten ließe sich noch reden, aber von einem Mohamedaner wolle kein Kretenser etwas hören. Das sind beiläufig gesagt die Anschauungen, die man in griechischen Kreisen über die mit dem erwähnten Gerüchte im Zusammenhange stehenden Fragen hegt.

* Der König der Belgier hat sich incognito nach Paris begeben. Die Reise soll mit der Congofrage im Zusammenhang stehen.

* Die Pariser Blätter constatiren einmüthig, daß die Abstimmungen in der Kammer und im Senate Zeugniß von Mißtrauen gegen das neue Cabinet ablegten. Die „Justice", das Organ Clemenceau's, sagt dagegen, das Cabinet stehe vor einer Coalition, könne aber den ersten Ansturm erwarten; die gesammte republikanische Partei stehe auf seiner Seite. — Eine Versammlung von Opportunisten beschloß, der Candidatur Boulanger's diejenige des Advocaten Foncard entgegen zu stellen.

* Freycinet unterbreitete dem Ministerrath ein Rundschreiben an die Commandeure der Armeecorps, worin er seinen Vorsatz kundgiebt, im Heere die strengste Mannszucht aufrechtzuerhalten.

* Der Voranschlag des Budgets für 1888/89, welchen der spanische Finanzminister in diesen Tagen den Cortes vorlegen wird, zeigt, daß es bei dem aufrichtigsten Wollen nur zum Theil gelingen wird, den Fehlbetrag zu decken. Um den immer mehr Boden gewinnenden Bestrebungen der Liga agraria einigermaßen gerecht zu werden, sind in dem Voranschlag 11 Millionen Ersparnisse in den Ausgaben vorgesehen, welche eine Ermäßigung der Grundsteuer ermöglichen sollen. Da die Ausgaben im kommenden Budgetjahre die Einnahmen voraussichtlich um 57 Millionen übersteigen werden, so schlägt der Minister neue Steuern auf Alkohol und Petroleum vor, deren Ertrag er auf 40 Millionen berechnet; die übrigen 17 Millionen will er von dem Credit für die Marine auf das außerordentliche Budget übertragen, das durch neue Vorschüsse der Tabakmonopolpächter gedeckt wird. Das außerordentliche Budget für die Marine beträgt 171 Mill., die auf vier Jahre zu vertheilen sind. Die beiden ersten Jahresraten sollen ebenfalls durch Vorschüsse der Tabak-Monopolgesellschaft gedeckt werden.

* Nach Londoner Meldungen hat die japanische Regierung beschlossen, das despotische Regierungssystem Rußlands in Japan einzuführen. Die japanischen Behörden sind angewiesen worden, alle Personen, welche der Unzufriedenheit mit der Regierung verdächtig sind, auf das Schärfste zu überwachen und nöthigenfalls auszuweisen. Gleichzeitig soll die Freiheit der öffentlichen Versammlung und der Presse unterdrückt werden.

* Nachdem das republikanische Nationalcomité schon vor vier Wochen die republikanische Nationalconvention zur Aufstellung von Präsidentschafts- und Vicepräsidentschafts-Candidaten auf den 19. Juni nach Chicago einberufen, hat jetzt auch das demokratische Nationalcomité seine Zusammenkunft in Washington gehalten und den 5. Juni zum Tage und St. Louis zum Orte des großen Convents erlesen, auf dem die Demokratie ihre Candidaten für die Präsidentschaft und die Vicepräsidentschaft ernennen wird. Es hatten sich fünf Städte — New-York, Cincinnati, St. Louis, Chicago und San Francisco — um die Convention beworben, und schon schien nach den ersten 10 Abstimmungen durch die Ausschußmitglieder San Francisco, für welches sich vom ersten Augenblick an 17 von den im Ganzen 47 zählenden Stimmen des Ausschusses erklärt hatten, des Sieges gewiß zu sein, als sich plötzlich die Unmöglichkeit Bahn brach, daß es doch vortheilhafter sein möchte, einen mehr im Mittelpunct des Landes gelegenen Ort für einen so großen und wichtigen Parteitag zu wählen, worauf sich die Mehrheit für St. Louis entschied. Was den auf den 5. Juni anberaumten Tag der Convention anlangt, so hatte man sich ursprünglich, d. h. vor Festsetzung des Versammlungsortes, auf den 3. Juli geeinigt, was vielleicht insofern einen Vortheil für sich gehabt haben würde, als die Demokraten sich dadurch der vollendeten Thatsache der bereits vollzogenen Candidaten-Ernennung der Republikaner, die bekanntlich ihren National-Convent am 19. Juni in Chicago anberaumt haben, gegenüber gesehen und mit ihr zu rechnen vermocht hätten. Da es sich jedoch, wie die Dinge liegen, für die Demokraten kaum noch um etwas wie einen ernstlichen Candidatenkampf mehr handelt, weil Präsident Cleveland's Wiederaufstellung so gut wie gewiß ist, so lag kein Grund für sie vor, die republikanischen Entschließungen abzuwarten.

## Ein Kaiserwort Franz Joseph's von Oesterreich.

* Der „Pester Lloyd", das deutsche officielle Blatt der ungarischen Regierung, brachte vor einigen Tagen einen Leitartikel so voll von Ueberhebung und Verachtung gegen Deutschland, wie wir das sonst nur in magyarischen Regierungs- und Oppositionsblättern zu lesen pflegen. In dem Vernichtungskampfe, welchen das Magyarenthum gegen die Deutschen und die deutsche Cultur in seiner Mitte mit immer größerer Erbitterung führt, befremdeten uns die Gehässigkeiten dieser Blätter nicht. Doch im „Pester Lloyd" sind sie an Deutschlands Adresse unmittelbar gerichtet. Was sollen sie bedeuten?

Eine seltsame Beschuldigung scheint uns darüber (so führt ein „Eingesandt" in der „Post" aus) Licht zu bringen. Der „Lloyd" sagt unter Anderem: „Die Entartung des nationalen Gedankens zum Rassenfanatismus hat ebenfalls in Deutschland ihre Quelle."

Soll das eine Entschuldigung für den magyarischen Fanatismus gegen die Sachsen sein? Oder eine gewundene Antwort auf das Kaiserwort, welches gegenwärtig das Sachsenland in Siebenbürgen in freudigste Bewegung versetzt, aber gewiß nicht in Rassenfanatismus?

„Die Sachsen müssen erhalten bleiben!" hat Se. Majestät Franz Joseph zum Abgeordneten von Hermannstadt gesagt. Und wie ein Erlösungswort aus dieser Trangsal tönt es über den Königsboden, der für alle Zeiten der Zeuge sächsischer Königstreue bleiben wird, wie er jetzt noch als eine hervorragende Stätte der Cultur, deutscher Cultur, in Ungarn erhalten ist.

Deutschland wird das Kaiserwort aus Oesterreich mit voller Sympathie für den verwandten Volksstamm aufnehmen, auf dessen Geschichte es stolz sein kann. Hat dieser Stamm doch über siebenhundert Jahre nicht nur den Pulsschlag deutschen Lebens mit uns getheilt, sondern sich auch bis auf den heutigen Tag mit seinen Gelehrten, Dichtern und Künstlern mit uns auf gleicher Höhe erhalten. Und, was das schönste Blatt in der Geschichte des Sachsenvolkes ist — es hat durch die Jahrhunderte hindurch in unentwegter Treue zu seinem rechtmäßigen Fürsten gestanden.

Hermannstadt, zu dessen Abgeordnetem Kaiser Franz Joseph das erlösende Wort sprach, war es, das vor drei Jahrhunderten zehn Jahre lang an der Spitze der Sachsen für Ferdinand von Oesterreich gegen Zapolya und die Türken bis zur Erschöpfung kämpfte. Seinem tapferen Bürgermeister Martin Pempflinger stand Georg Heundsberg bei der Vertheidigung der Stadt getreulich zur Seite, die endlich unter ihren Trümmern ihre Treue büßte.

Und doch, so schwer die Kämpfe der Sachsen in früheren Jahrhunderten auch waren, ihre Macht war zu festgewurzelt, um der gänzlichen Vernichtung ausgesetzt zu sein. Auch war es kein Rassenkampf, der damals geführt wurde; denn auf sächsischer Seite stand sehr oft auch eine Schaar königstreuer Magyaren. Ganz anders in der Gegenwart, wo der nationale Gegensatz aufs Aeußerste geschärft und von einer die Gesetzgebung und Verwaltung beherrschenden politischen Partei die Axt an die Wurzel der deutschen Cultur der Sachsen gelegt wird.

Zuerst zerschlug man gegen Vertrag und Gesetz ihren territorialen Zusammenhang, den Königsboden, sodann ihre Gemeindeverfassung und municipale Einheit. Man sandte magyarische Beamte unter ihre rein deutsche Bevölkerung und führte einen unerhörten Sprachenzwang in der Verwaltung und im Gerichtswesen aus. Ihr vortreffliches höheres Schulwesen war der Schädigung durch einen Magyarisirungs-Proceß ebenso ausgesetzt, wie ihre Volksschule, wie sogar die Kindergärten ihrer Familien. Gegen Recht und Gesetz steht gegenwärtig an der Spitze der Nations-Universität (d. h. der sächsischen Gesammtheit, welche jetzt nur noch in der Landeskirche Augsburgischer Confession alle Sachsen vereinigt) nicht ein Sachse als Sachsengraf, sondern man hat einen Magyaren, den Obergespan des Hermannstädter Comitats, mit dieser Würde bekleidet, wenn auch nur in „provisorischer Form", um die Rechtsverletzung minder auffällig erscheinen zu lassen. Eingriffe in das Eigenthumsrecht und in die Vermögensverwaltung des sächsischen Kirchen- und Schulwesens geschehen in rücksichtslosester Weise. Sogar die Budgetbeschlüsse des Pester Landtages werden dazu zu Hilfe genommen. Um das seit Jahrhunderten bestehende Studium der sächsischen Studenten, namentlich für Theologie und Lehrfach, auf deutschen Universitäten zu lähmen oder gänzlich zu verhindern, hat man den Candidaten die Verpflichtung auferlegt, ihre Fachprüfungen, von welchen die Anstellung abhängt, in magyarischer Sprache zu machen. In Hermannstadt hat man nicht blos die deutsche Rechtsakademie aufgehoben, sondern auch das Geschworenengericht von dort nach Klausenburg verlegt, um magyarische Majoritäten zu erzielen. Wie die Rechtspflege überhaupt von den politischen Parteien beeinflußt wird, zeigte neulich ein Vorgang im Pester Landtage, wo der Justizminister förmlich zur Rechenschaft darüber gezogen wurde, daß er die Vorschläge von Abgeordneten zur Besetzung von Richter- und anderen Beamtenstellen seines Ressorts nicht genügend berücksichtigt habe. Auch im Bereiche und Handelsleben sind arge Schädigungen durch Magyarisirungszwang zugefügt worden. Quittungen will man nur in magyarischer Sprache oder mit amtlicher Uebersetzung versehen gelten lassen. Die Grundbücher und alle damit verbundenen Acten sollen in durchaus deutschen Gemeinden magyarisch geführt werden und nur amtliche deutsche Uebersetzungen dazu gestattet sein. Gemeinde- und Kirchenbehörden entzieht man die gesetzliche Portofreiheit, wenn sie, wozu sie ebenfalls gesetzlich berechtigt, beziehentlich verpflichtet sind, in deutscher Sprache correspondiren oder adressiren. An einzelnen Orten ist der Magyarisirungszwang sogar schon so weit gediehen, daß man Gemeindebeschlüsse auf behördlichem Wege herbeizuführen gewußt hat, um der sächsischen Bevölkerung eine Steuer für den Magyarisirungsverein aufzuerlegen.

Daß in einem solchen Zustande der Vergewaltigung, welche von der grundfalschen Auffassung getragen wird, der „Staat" Ungarn gehöre ausschließlich der magyarischen Rasse an, das Wort des Kaisers: „Die Sachsen müssen erhalten bleiben!" sich wie ein Erlösungswort unter der sächsischen Bevölkerung fortpflanzt, kann wohl nicht Wunder nehmen. Klingt doch daraus jener Ton wider, in welchem die Habsburger in alten und neuen Zeiten bekundeten, wie sehr sie die Bedeutung der Sachsen für Siebenbürgen und für die Krone zu würdigen wußten. Ferdinand von Oesterreich schrieb den Hermannstädtern 1535: „Euer Ruhm und Eurer Thaten Gedächtniß wird mit Recht bei uns fort und fort würdig gefeiert und vor Anderen erhoben werden!" Aehnliches schrieb den Sachsen Kaiser Rudolph, und aus den jetzigen Worten seines Enkels Franz Joseph klingt wiederum die Anerkennung der Sachsentreue, wie er sie schon einmal so schön in dem Edicte vom 21. December 1848 ausgesprochen hat:

„Zu einer Zeit, wo die heiligen Bande der Anhänglichkeit der Völker an den Thron vielfacher Versuchung ausgesetzt wurden, war es Unserem Herzen wohlthuend, die Aufopferung zu erkennen, mit welcher Ihr die Waffen ergriffen habt, um den seit Jahrhunderten bestehenden Bau der Gesammt-Monarchie, ihre Einheit und Kraft, sowie die Rechte Unseres kaiserlichen Hauses im Augenblick drohender Gefahr zu stützen und zu schirmen. Thron und Staat werden Euch die verdiente Anerkennung zollen und die Bürgschaften zu schätzen wissen, welche Eure, von Unseren Ahnen oft belobte Tapferkeit und Ausdauer, vornehmlich aber Euer Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit für den Glanz der Krone und den Bestand des Staates gewährte."

Wie in jener sturmbewegten Zeit, so finden auch jetzt die Worte, welche der Kaiser von Oesterreich an seine bedrängten königstreuen Sachsen richtet, sympathischen Anklang in Deutschland. Sichern sie ihnen doch den Schutz des Monarchen in einem Zeitpuncte zu, wo das auf einer vermeinten Souveränetät der ungarischen „Nation" begründete parlamentarische Regiment in Pest die Macht der Krone nur zu sehr zu beschränken beflissen war. Wir zweifeln nicht daran, daß allen treuen Anhängern der Monarchie in Ungarn die Kaiserworte willkommen und heilig sein, und daß sie den Erfolg haben werden, das bedenkliche Treiben der magyarischen Ultras zu mäßigen, von deren parlamentarischem Einfluß die Regierungsorgane leider nicht immer ganz frei sind.

„Die Sachsen müssen erhalten bleiben!" Das Kaiserwort ist gesprochen, und unser warmes Interesse wendet sich nach Siebenbürgen und nach Pest, um seine Wirkung zu verfolgen.

## Technisches.

### Wie wird ein transatlantisches Kabel aufgesucht und reparirt?

D. Mancher Leser wird bei der Frage, ob es möglich sei, ein Kabel weiter auf hoher See aufzusuchen und zu repariren, welches ca. 13 000 Fuß unter der Oberfläche liegt, gewiß ungläubig den Kopf schütteln, und doch ist diese Arbeit keine so außerordentlich schwierige, wenngleich zugegeben werden muß, daß sie oft sehr zeitraubend und langwierig sein kann. Große Telegraphengesellschaften haben für diese Zwecke besondere Schiffe bauen lassen, die mit allen für derartige Arbeiten erforderlichen Einrichtungen versehen sind. Ein solches Kabelschiff ist das der Western Union Telegraph-Company gehörige Dampfschiff „Minia". Das Schiff hat eine Länge von 328.5 Fuß, eine Breite von 55.3 Fuß, eine Tiefe von 25.1 Fuß und ein Deplacement von 1986 Tonn. Eine Eigenthümlichkeit, welche sofort unsere Aufmerksamkeit auf sich lenkt, sind 3 große mit Netzen versehene Räder, welche dort sitzen, wo sich der Bugspriet bei gewöhnlichen Schiffen befindet. Der Kabelbruch, welchen dieses Schiff zu repariren hatte, befand sich auf dem englisch-amerikanischen Kabel in der Brest-St. Pierre-Linie in der Nähe von Neufundland. Zunächst wurde von den Beamten der Gesellschaft die Entfernung der Bruchstelle von den Stationen an beiden Seiten des Oceans bestimmt. Die Einzelheiten des Apparates, mit welchem dieses geschieht, sind etwas schwierig zu beschreiben, dagegen ist das Princip ein sehr einfaches. Der Apparat besteht aus einer Anzahl Drahtspulen, welche dem elektrischen Strome einen bekannten Widerstand bieten. Es werden nun soviel Drahtspulen mit einander verbunden bis sie einen Widerstand geben, der dem des in Thätigkeit befindlichen Kabels gleich ist, so daß, wenn der Apparat und das Kabel verbunden werden, ein Ausgleich bewirkt wird. Bricht das Kabel, so wird auch das Gleichgewicht gestört, weil jener Theil des Kabels zwischen der Station und dem Bruche, wo es auch sein mag, dem elektrischen Strome weniger Widerstand leistet, als das ganze Kabel.

Es werden deshalb soviel Drahtspulen ausgeschaltet, bis wieder das Gleichgewicht der Ströme erreicht ist. Der Widerstand desjenigen Theiles des Kabels, welcher intact bleibt, wird auf diese Weise genau durch die Anzahl der im Apparate verbleibenden Spulen bestimmt. Kennt man also den Widerstand des intacten Kabels von 1 Meile Länge, welche dadurch gefunden wird, daß man den Gesammtwiderstand durch die Meilenlänge des ganzen Kabels theilt, so kann man auch leicht finden, wie viel Meilen desselben noch in Ordnung sind, indem man den ganzen Widerstand des guten Stückes durch den bekannten Widerstand einer Meile theilt.

Nachdem die Entfernung der Bruchstelle vom Ufer bestimmt war, wurde das Kabelschiff nach der Stelle hinbeordert, um die Enden aufzufischen und sie zusammenzuspleißen. Das Schiff befand sich 42° 31' nördlicher Breite und 46° 30' westlicher Länge östlich von den großen Neufundlandsbänken. Die Lothung ergab eine Tiefe von 13 000 Fuß. Man wußte, daß man sich in der Nähe der Bruchstelle befand; aber immerhin erst auf einem Umkreise von 3—4 Seemeilen, weil man nicht wissen konnte, ob die verschiedenen Befehle, welche vom Capitain Trott genommen waren, genau mit den Beobachtungen übereinstimmten, welche vom Schiffe aus gemacht waren, welche ursprünglich das Kabel gelegt hatte. Die erste Arbeit bestand in einer Reihe von Tiefenmessungen über eine Fläche von 25—30 Quadratmeilen. Der Apparat hierfür bestehte aus einer länglichen Kugel aus Eisen, von etwa 40 Pfund Gewicht, die derartig an einem Stahldraht befestigt ist, daß, wenn sie unten aufstößt, ein kleines Stahlstück in den Meeresgrund eindringt und die Kugel sich alsdann von dem Drahte loslöst, so daß das Rohr mit dem Inhalte aufgewunden werden kann. Sobald das Gewicht sich loslöst, hört der Mann an Deck auf, den Draht abzuwickeln, und da man weiß, wie viel Draht abgelaufen ist, so hat man auch das Maß für die betreffende Tiefe. Bei 2097 Faden bedurfte es einer Zeit von 24 Min. und 10 Secunden bis der Apparat den Boden erreichte.

Kennt man den Charakter des Bodens und die Tiefe des Wassers, so wird eine große, schwarze, birnenförmige Boje über Bord geworfen und etwa dort verankert, wo die Bruchstelle sich der Berechnung nach befinden müßte. Die Boje ist aus Kesselblech construirt und so eingerichtet, daß sie zwei große, weiße Laternen tragen kann, weil die Arbeit Tag und Nacht ununterbrochen fortgesetzt wird, wenn es das Wetter irgendwie gestattet. Die Boje wird durch einen sogenannten Pilzanker festgehalten. Das Ankertau bestand aus einer 45 Faden langen Kette, dann folgten 510 Faden Bolzentau aus Stahldraht und Hanf, dann 1101 Faden Manilatau und hierüber bis zu Oberfläche ein aus Draht und verschiedenen Faserstoffen gedrehtes Tau.

Jetzt war das Schiff zur eigentlichen Sucherarbeit fertig und lag in rechten Winkeln zur Kabellinie in Strecken von 5 Seemeilen hin und her, während die Grenzen des abzusuchenden Terrains durch Bojen markirt wurden. Das Greifeisen, dessen Tau über eine der vorn am Steven befindlichen Räder läuft, hängt wie ein vierzahniger Anker auf. Es hat einen 4 Fuß langen Schaft und 4 Arme von je 1 Fuß Länge, welche rechtwinkelig zu einander unten am Schaft sitzen. An jedem Arm sitzt ein kleiner Knopf mit einer Feder bedeckt, deren Spannkraft regulirt werden kann. Der Winkel der Haken mit dem Schafte ist so klein, daß ein Stein nicht bis zum Knopf gelangen kann, wird dagegen das Kabel durch die Haken gefangen, so wird es gegen den Knopf gedrückt. Hierdurch wird ein elektrischer Strom geschlossen, welcher durch einen Kupferdraht im Tau des Greifankers an Deck geleitet wird und hier eine Glocke in Tönung setzt. Sehr mit dieser Arbeit betraute Leute wissen alsdann auch ohne dieses Glockensignal, ob der Greifer gefaßt hat und urtheilen nach dem Zuge des Taues, welcher durch einen Dynamometer an Deck angezeigt wird. Der gewöhnliche Zug am Dynamometer beträgt 3—3½ Tonn, wenn der Greifer frei über einen ebenen und weichen Grund bei langsamer Fahrt des Schiffes hinweg schleift. Häufig fängt sich ein Stein an dem Haken, wodurch manchmal ein Arm abgebrochen wird, jedenfalls zeigt der Dynamometer aber Stoß an, ob unten eine Hebarbeit stattgefunden hat oder nicht. Es dauerte gerade 2 Stunden und 24 Minuten, um das Greifeisen vom Schiff aus auf 13 000 Fuß Tiefe hinuntergelassen.

Das Schleppen des Fangeisens erfolgt durch ein starkes Tau aus Draht und Hanf. 10 Tage vergingen, ohne daß man das gebrochene Kabel fand, es wurde ununterbrochen Tag und Nacht vor- und rückwärts gedampft; nur bei schlechtem Wetter legte das Schiff in die Nähe der großen Boje. Am 25. Juli begann die Arbeit und erst am 5. August zeigte das Glockensignal an, daß das Kabel gefaßt war. Das Schleppen wurde dann an einer Boje befestigt und über Bord gewerfen. Der Dampfer lief nun 2 Seemeilen nach dem Ende des gebrochenen Kabels und warf einen Scheinbegreifanker aus. Dieser ist wie der gewöhnliche Anker construirt, nur befinden sich an den Haken Messer. Wenn diese Haken das Kabel fangen, und es kommt einige Spannung in das Schlepptau, so wird das Kabel direct durchgeschnitten. Man ist versucht zu fragen, weshalb dies geschieht? Die Antwort darauf ist, daß das Kabel höchst wahrscheinlich zerrissen wäre, wenn man es dort aufgehoben hätte, wo es zuerst gefunden wurde. Das Kabel war bereits 1869 gelegt, es würde daher an der einen Uferseite ebenso leicht reißen können wie an der anderen, hatte man es aber nur mit einem 2 Meilen langen Stücke zu thun, so konnte man sicher sein, das Kabel ohne Schaden aufnehmen zu können. Es wurde in diesem Falle das nach der europäischen Seite gelegene Ende aufgefischt.

Nachdem das Kabel abgeschnitten war, fuhr das Schiff nach der Boje mit dem Schleppen des Fangankers zurück, welches an Bord genommen, um die 6 Fuß im Durchmesser messende Windetrommel gelegt, welche durch Dampfkraft betrieben wird, und sammt dem Kabel aufgewunden. Dann wurden die 2 Meilen Kabel und das schadhafte Ende an Bord genommen und an Deck ausgestreckt, bis das Ende erreicht war. Letzteres wurde mit einer vollständigen, an Bord befindlichen Telegraphenstation verbunden. Wenige Secunden später sahen die Beamten auf der heimischen Station die aufblitzende Flamme in dem Spiegel in ihrem Bureau und wurden auf diese Weise von dem Ereignisse unterrichtet.